

Bitte füllen Sie diesen Antrag handschriftlich und gut leserlich oder mit der Schreibmaschine aus. Beantworten Sie die Fragen, indem Sie das zutreffende Feld ankreuzen oder ausfüllen.

Falls der Platz für Ihre Antworten nicht ausreicht, machen Sie bitte weitere Angaben auf einem Beiblatt

Ihr Einbürgerungsantrag kann nur nach vorheriger Terminvereinbarung entgegengenommen werden. Bitte vereinbaren Sie vor Antragsabgabe telefonisch einen Termin unter folgenden Telefonnummern:

06021/ 330 – 1481 oder 06021/ 330 - 1486

Minderjährige, die über 16 Jahre alt sind, müssen einen eigenen Antrag stellen.

Antrag auf Einbürgerung

Ich beantrage meine Einbürgerung. Zu meinen persönlichen Verhältnissen mache ich folgende Angaben:

1. Angaben zu meiner Person

Vermerke der
Behörde

Familienname (evtl. Geburtsname)		
Vorname(n)	Geburstag	
Geburtsort, Kreis, Staat		
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthaltes		
Ausgeübter Beruf	Telefonnummer	E-Mail Adresse
Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ entpartnert ☐ verwitwet ☐ getrennt lebend ☐ partnerhinterblieben ☐ geschieden ☐ verpartnert ☐ seit		
Ort der Eheschließung/Schließung der Lebenspartnerschaft		
Bei Scheidung oder gerichtlicher Trennung	Tag der Rechtskraft – Anerkennung – des Urteils	

Angaben zu meinem/r Ehepartner/in Lebenspartner/in

Familienname	(evtl. Geburtsname)	Vorname(n)
Geburstag	Geburtsort, Kreis,	Staat
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthaltes		
Ausgeübter Beruf	Staatsangehörigkeit(en)	
Falls der Ehepartner/Lebenspartner nicht deutscher Staatsangehöriger ist: Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt? ☐ nein ☐ ja		
Warum wird die Einbürgerung nicht beantragt? (Entfällt bei Anspruchseinbürgerung)		

Vor dieser Ehe/Lebenspartnerschaft war ich bereits verheiratet/verpartnert

☐ nein	☐ ja	
1. Ehe: von – bis	aufgelöst durch	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten
2. Ehe: von – bis	aufgelöst durch	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten

[illegible]

1.5 Schulbildung

Von	Bis	Schulart/ Abschluss /Staat

1.6 Berufsausbildung

Von	Bis	Art/Abschluss / Staat

1.7 Arbeitsverhältnisse /selbständige Tätigkeiten in den letzten 10 Jahren

Von	Bis	Art / Anschrift des Arbeitgebers

2. Angaben zu meinen Deutschkenntnissen

Ich habe meine Kenntnisse der deutschen Sprache erworben durch:

☐ Elternhaus	☐ Schule
☐ Aufenthalt im deutschsprachigen Raum	☐ Selbststudium
☐ Besuch eines deutschen Sprachinstituts	Name und Sitz des Instituts:

Vermerke der
Behörde

3. Angaben zu meinen Eltern

Vater:		Mutter:		Vermerk der Behörde
Familienname	Geburtsname	Familienname	Geburtsname	
Vorname(n)		Vorname(n)		
Geburtstag		Geburtstag		
Geburtsort, Kreis, Staat		Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit/en		Staatsangehörigkeit/en		
Volkszugehörigkeit		Volkszugehörigkeit		
Tag der Eheschließung	in			
Wohnort, Kreis, Staat		Wohnort, Kreis, Staat		
Verstorben ☐ nein ☐ ja, am		Verstorben ☐ nein ☐ ja, am		
Nur von minderjährigen Einbürgerungsbewerbern zu beantworten:				
Die Ehe der Eltern besteht fort ☐ ja ☐ nein				
Die Vertretungsbefugnis (Sorgerecht) liegt bei				
Die Vertretungsbefugnis beruht auf (Gesetzesbestimmung bzw. gerichtl. Anordnung)				

4. Angaben zu meinen Kindern

Bitte tragen Sie auch volljährige Kinder, Kinder aus früheren Ehen und nichteheliche Kinder ein.

1. Kind

Familienname (evtl. Geburtsname)		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat	Anschrift	
Staatsangehörigkeit/en		Das Kind soll miteingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	
Das Kind ☐ stammt aus der jetzigen Ehe ☐ stammt aus einer früheren Ehe ☐ ist nichtehelich			
Vater (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit)			

2. Kind

Familienname (evtl. Geburtsname)		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat	Anschrift	
Staatsangehörigkeit/en		Das Kind soll miteingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	
Das Kind ☐ stammt aus der jetzigen Ehe ☐ stammt aus einer früheren Ehe ☐ ist nichtehelich			
Vater (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit)			

3. Kind			Vermerk der Behörde
Familienname (evtl. Geburtsname)		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat	Anschrift	
Staatsangehörigkeit/en		Das Kind soll miteingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	
Das Kind ☐ stammt aus der jetzigen Ehe ☐ stammt aus einer früheren Ehe ☐ ist nichtehelich			
Vater (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit)			
4. Kind			
Familienname (evtl. Geburtsname)		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat	Anschrift	
Staatsangehörigkeit/en		Das Kind soll miteingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	
Das Kind ☐ stammt aus der jetzigen Ehe ☐ stammt aus einer früheren Ehe ☐ ist nichtehelich			
Vater (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit)			
5. Kind			
Familienname (evtl. Geburtsname)		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat	Anschrift	
Staatsangehörigkeit/en		Das Kind soll miteingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	
Das Kind ☐ stammt aus der jetzigen Ehe ☐ stammt aus einer früheren Ehe ☐ ist nichtehelich			
Vater (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit)			
<u>5. Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen</u>			
Aktuell ausgeübter Beruf	Bruttoeinkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag (volle EUR) EUR	
Bruttoeinkünfte der übrigen Familienangehörigen			
Name:	Brutto-Einkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag (volle EUR) EUR	
Name:	Brutto-Einkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag (volle EUR) EUR	
Name:	Brutto-Einkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich	Betrag (volle EUR) EUR	
Grundstücke ☐ ja ☐ nein	im Wert von EURO		
Anderes Vermögen ☐ ja ☐ nein	im Wert von EURO		
Hypotheken, Schulden ☐ ja ☐ nein	in Höhe von EURO		
Für mich oder meine Familienangehörigen bestehen Steuerrückstände beim Finanzamt ☐ ja ☐ nein			
Ich bin im Schuldnerverzeichnis (beim Amtsgericht) eingetragen ☐ ja ☐ nein			
Alterssicherung (z.B. Rente) ☐ ja ☐ nein	durch		

Ich (bzw. in Bedarfsgemeinschaft mit Eltern/Ehegatte/Lebenspartner) beziehe Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II (Leistungen nach SGB II oder SGB XII) ☐ ja ☐ nein	Höhe der monatlichen Leistungen vom Sozialamt/Jobcenter (EURO)	Vermerk der Behörde	
Leistende Behörde			
Ich (bzw. in Bedarfsgemeinschaft mit Eltern/Ehegatte/Lebenspartner) habe früher Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II bezogen ☐ ja ☐ nein	Von – Bis		Höhe (EURO)
Leistende Behörde			
Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die <u>nicht</u> zur Haushaltsgemeinschaft gehören? ☐ ja ☐ nein			
Gegenüber welchen Personen?			
Bestehen Unterhaltsrückstände? ☐ ja ☐ nein	Höhe der Rückstände (EURO)		
Nur auszufüllen, wenn Sie keine eigenen Einkünfte haben Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche ☐ ja ☐ nein			
Name und Anschrift des Unterhaltspflichtigen			
Bruttoeinkünfte des Unterhaltspflichtigen in EURO ☐ monatlich ☐ jährlich			

6. Aus- oder Weiterbildung außerhalb des Heimatstaates

☐ nein ☐ ja. Wenn "ja", bitte auch die folgenden Fragen beantworten!

Art	von	bis	Staat
Die Ausbildung wurde abgeschlossen ☐ ja ☐ nein		am	Bezeichnung des Abschlusses
Die Weiterbildung wurde abgeschlossen ☐ ja ☐ nein		am	Bezeichnung des Abschlusses

Deutsche Stellen haben für die Aus- und Weiterbildung finanzielle Hilfe/n gewährt
☐ ja ☐ nein

Die Hilfe/n wurde gewährt durch (Name und Anschrift)

Die berufliche Existenz ist auf Dauer gesichert durch:

Höhe der Ausbildungshilfe/n monatlich Euro	Ich bin bereit, vor der Einbürgerung die Rückzahlung der mir gewährten finanziellen Hilfe/n mit der zuständigen Stelle zu regeln. ☐ ja ☐ nein
--	--

7. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit meine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben und verpflichte mich nach **schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung** die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

☐ ja

☐ nein

Wenn "Nein", bitte nachstehend die Gründe angeben:

8. Begründung für den Einbürgerungsantrag

Aktuelles Lichtbild
Nur bei Einbürgerungs-
bewerbern ab 16 Jahren er-
forderlich.



9. Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt

☐ nein

☐ ja, bei

Wurde über den
Antrag entschie-
den?

☐ nein

☐ ja er wurde

☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt

Datum der Entscheidung:

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung oder ihre Ablehnung oder bei Zurücknahme des Antrags eine Verwaltungsgebühr zu zahlen ist.

Ich bin damit einverstanden, dass der zuständige Träger der Sozialhilfe, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, das Jugendamt, das Finanzamt, die Polizei, das Amtsgericht, das Bundeszentralregister und das Landesamt für Verfassungsschutz zum Nachweis der o.g. Angaben befragt werden.

Mit der Auskunftserteilung über meine Einkommensverhältnisse, einschließlich etwaiger Steuerstrafverfahren oder Steuerrückstände, bin ich einverstanden.

Zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen ist im Regelfall die Beiziehung der Ausländerakten des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin erforderlich. In die Beiziehung der Ausländerakte wird hiermit ausdrücklich eingewilligt.

Mir ist bekannt, dass eine Bearbeitung meines Einbürgerungsantrages ohne die verlangten Angaben nicht möglich ist.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können.

Mir ist bekannt, dass wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden kann.

Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens werde ich unverzüglich mitteilen.

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers oder der/des gesetzlichen Vertreter(s)

Vorname, Nachname, geb. am

Aschaffenburg

Datum:

Ich/Wir beantrage(n), die folgenden unter Punkt 4 aufgeführten Kinder mit einzubürgern.

Name/Vorname

Unterschrift(en) der/des gesetzlichen Vertreter(s)

Aschaffenburg

Datum:

Die obenstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir geleistet.

Dienstsiegel

Behörde

Stadt Aschaffenburg, Staatsangehörigkeitswesen

Ort

Datum

Aschaffenburg

Unterschrift/Amtsbezeichnung

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

1. Über die allgemeinen Voraussetzungen zur Einbürgerung wurde ich unterrichtet.
2. Mir ist bekannt, dass die Verwaltungsgebühr für die Einbürgerung
 - nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz 255,00 € (§ 38 Staatsangehörigkeitsgesetz)
 - nach dem Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer 51,00 € (§ 21 HAG)beträgt.

Für minderjährige Kinder, die miteingebürgert werden und keine eigenen Einkünfte haben, beträgt die Gebühr 51€ (§ 38 Staatsangehörigkeitsgesetz).
3. Mir ist bekannt, dass auch die Ablehnung (191€) oder Rücknahme (63€) eines Einbürgerungsantrages gebührenpflichtig ist.
4. Ich wurde über meine Pflichten belehrt, der Einbürgerungsbehörde gegen mich ergangene Verurteilungen zu offenbaren, auch wenn sie nicht in ein Führungszeugnis aufzunehmen oder zu tilgen sind (§ 53 Abs. 1 und 2 BZRG).
5. Ich verpflichte mich, der Einbürgerungsbehörde unverzüglich alle Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere jede Änderung meiner Adresse schriftlich mitzuteilen.

Aschaffenburg, _____

Unterschrift

**Erklärung zu Ermittlungs-/Strafverfahren (auch
im Ausland)
im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens**

Vorname(n), Familienname, ggf. Geburtsname	
Geburtsdatum	Geburtsort
derzeitige Staatsangehörigkeit/en	
Wohnanschrift (Postleitzahl, Ort, Straße und Hausnummer)	

Ich gebe zu meinen Angaben im Antrag auf Einbürgerung folgende ergänzende Erklärung ab:

- ☐ Ich wurde weder im Inland (Bundesrepublik Deutschland) noch im Ausland (einschließlich meines Herkunftsstaates) wegen einer rechtswidrigen Tat zu einer Strafe verurteilt.
- ☐ Gegen mich wurde weder im Inland (Bundesrepublik Deutschland) noch im Ausland (einschließlich meines Herkunftsstaates) auf Grund meiner Schuldunfähigkeit eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet
- ☐ Gegen mich wurde keine Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 Nr. 5 oder 6 des Strafgesetzbuches (Entziehung der Fahrerlaubnis oder Berufsverbot) angeordnet.
- ☐ Gegen mich sind weder im Inland (Bundesrepublik Deutschland) noch im Ausland (einschließlich meines Herkunftsstaates) Ermittlungs- oder Strafverfahren wegen des Verdachts einer Straftat anhängig.
- ☐ Ich wurde weder im Inland (Bundesrepublik Deutschland) noch im Ausland (einschließlich meines Herkunftsstaates) in einem Ermittlungs- oder Strafverfahren als Beschuldigter vernommen.

☐ **Ich habe folgende Belehrung zu den im Einbürgerungsantrag und hier anzugeben- den strafrechtlichen Verurteilungen zur Kenntnis genommen:**

Zu offenbaren sind alle Verurteilungen, die aktuell im Bundeszentralregister eingetragen sind, auch wenn sie nicht oder nicht mehr in das Führungszeugnis aufgenommen werden, da die Einbürgerungsbehörde ein Recht auf unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister hat. Auf § 53 Abs. 2 des Bundeszentralregistergesetzes wird ausdrücklich hingewiesen. Anzugeben sind auch entsprechende Verurteilungen im Ausland.

Hiermit versichere ich die Richtigkeit meiner Angaben.

Mir ist bekannt, dass eine Einbürgerung, die durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wurde, die wesentlich für die Entscheidung waren, gemäß § 35 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) zurückgenommen werden kann.

Weiterhin ist mir bekannt, dass mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen die Einbürgerung zu erschleichen (§ 42 StAG).

Ort _____

Datum _____

Unterschrift Einbürgerungsbewerber/in _____

Familienname, Geburtsname	Vorname
Geburtstag	Geburtsort/-staat
Adresse	

**Hinweis für Einbürgerungsbewerber aus den
Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

Stand 01.07.2013:

Belgien (BE), Bulgarien (BG), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Finnland (FI), Frankreich (FR), Griechenland (GR), Irland (IE), Italien (IT), Kroatien (HR) Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Malta (MT), Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Schweden (SE), Slowakei (SK), Slowenien (SI), Spanien (ES), Tschechien (CZ), Ungarn (HU), Vereinigtes Königreich (UK) und Republik Zypern (CY).

1. und der Schweiz

2.

Seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung durch Artikel 5 des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19.08.2007 (BGBl I S. 1970) wird Mehrstaatigkeit für Einbürgerungsbewerber aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Schweiz hingenommen (§ 12 Abs. 2 StAG).

Hinweis

Mit Inkrafttreten des oben genannten Gesetzes am 28.08.2007 wird bei Einbürgerungsbewerbern aus EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz, die einen Anspruch auf Einbürgerung haben (§ 10 StAG), bei Ehegatten oder Lebenspartnern von Deutschen (§ 9 StAG) und bei der Einbürgerung im Wege des Ermessens nach § 8 StAG Mehrstaatigkeit hingenommen. Sie werden darauf hingewiesen, dass durch Ihre Einbürgerung in den Deutschen Staatsverband unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit Ihre bisherige Staatsangehörigkeit gegebenenfalls kraft Gesetzes verloren gehen kann. Ihnen wird empfohlen, sich zur Vermeidung eines ungewollten Verlustes vor Antragstellung an die für Sie zuständige Auslandsvertretung Ihres Heimatstaates zu wenden und dort die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Weiterhin werden Sie hiermit darauf hingewiesen, dass Mehrstaatigkeit im Einzelfall Nachteile mit sich bringen und die bisherige Staatsangehörigkeit deshalb auch freiwillig aufgegeben werden kann.

Empfangsbestätigung

Oben genannten Sachverhalt habe ich gelesen und verstanden. Dieses Hinweisblatt habe ich in Kopie erhalten.

Ort, Datum

Unterschrift